

Herrn
Oberbürgermeister Richrath
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 Leverkusen

Leverkusen, den 29.01.18

FDP Ratsgruppe

Im Rat der
Stadt Leverkusen
Dönhoffstr. 99
51373 Leverkusen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Richrath,

bitte setzen Sie folgenden Antrag zur Kenntnisnahme-Vorlage Deichergängung in Schlebusch – 2017/2032 auf die Tagesordnung der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III:

Durch die Renaturierung der Dhünn - die wir als FDP ausdrücklich begrüßen – hat sich die Fließgeschwindigkeit des Flusses reduziert und an vielen Stellen ist die Wassertiefe durch Schlammablagerungen rund um die im Wasser liegenden Baumstämme deutlicher geringer geworden. Dies führt dazu, dass die Dhünn bei Hochwasser schneller und großflächiger über die Ufer tritt. Somit erscheint der Bau einer Deichergängung sinnvoll, um den Ortskern von Schlebusch vor Hochwasser zu schützen.

1. Wir fordern hiermit, den notwendigen Deichbau in ein Gesamtkonzept zu integrieren. So sollte u. E. durch eine partielle Vertiefung der Dhünn zwischen Schildgen und Schlebusch Wehr und insbesondere durch die Entfernung im Wasser liegender Baumstämme in diesem Bereich die Fließgeschwindigkeit so erhöht werden, dass die Überschwemmungen reduziert werden und dennoch der renaturierte Charakter der Dhünn kaum beeinträchtigt wird. Wir bitten die Verwaltung, nach Rücksprache mit dem Wupperverband auf die Umsetzung entsprechender Maßnahmen zu drängen.
2. Zweitens wird die Verwaltung gebeten, die Ertüchtigung des Wehrs zu veranlassen, so dass bei Hochwasser ein Teil der Fluten kontrolliert in Richtung Sensenhammer abgeleitet werden kann, ohne das Gebiet rund um den Sensenhammer mit den Wassermassen zu überfordern. Das Hochwassergebiet könnte somit entlastet werden.
3. Drittens fordern wir die Verwaltung auf, zukünftig die betroffenen Grundbesitzer in entsprechende Planungen von Beginn an mit einzubeziehen.
4. Da es sich beim Hochwasserschutz um eine den Stadtteil direkt betreffende Maßnahme handelt, sehen wir es als nicht korrekt an, dass die Bezirksvertretung darüber im Nachgang mittels einer Kenntnisvorlage informiert werden soll und die einzige Entscheidung im Verwaltungsrat der TBL getroffen wird. Hier hätte zunächst die Diskussion im Bezirk gesucht werden müssen und dann – ggf. mit entsprechenden

Änderungen/Anregungen eine Entscheidung im Verwaltungsrat herbeigeführt werden sollen. Wir bitten, zukünftig um Überprüfung der Beratungsreihenfolgen.

Benedikt Vennmann
FDP-Bezirksvertreter

Dr. Monika Ballin-Meyer-Ahrens
FDP-Ratsgruppe